

REGIERUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
Der Staatssekretär und Erste Stellvertreter
des Ministers

29.3.61 7.4./1191-
BERLIN N 4, DEN
LUISENSTRASSE 56
W/Ei

7. April 1961

Genossin
H e r p o l d
Büro Ulbricht im ZK der SED
B e r l i n

Beiliegend den Wortlaut der Rede, die Genosse Ulbricht
am 29.3.61 in der Tagung des Politischen Beratenden
Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages
gehalten hat.

Mit Gruß

Anlage

W. Winzer
(W i n z e r)

SAPMO-B Arch

DY 30/JII 2/202/251

Werte Genossen!

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik dankt den sowjetischen Genossen, unseren Gastgebern, für die Vorbereitung dieser Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Organisation des Warschauer Vertrages.

Wie außerordentlich zeitgemäß diese Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses ist, zeigt ein Blick auf die internationale Situation, die gekennzeichnet ist durch die gewaltig ansteigende Kraft des sozialistischen Lagers, durch das zunehmende Gewicht seiner Friedenspolitik. Zugleich zeigen sich Momente neuer Spannungen in der Welt, die durch aggressive Maßnahmen imperialistischer Mächte, vor allem der USA ^{Spillat} ausgelöst sind, wie wir das gegenwärtig vor allem in Laos und im Kongo sehen. Neue Spannungen gehen auch von der aggressiven imperialistischen Politik und dem Neokolonialismus der Bonner Regierung aus.

Seit der Tagung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien und seit der Veröffentlichung ihrer Programmatischen Erklärung sind nur wenige Monate vergangen. Aber diese Frist hat bereits genügt, um in allen Teilen der Welt die Richtigkeit der Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses und der internationalen Lage zu bestätigen, die von dieser Tagung gegeben wurde. Sie hat eine außerordentlich günstige Auswirkung auf die Entwicklung der breiten Bewegung der Völker und Staaten, die für die Politik der friedlichen Koexistenz eintreten. Sie hat dem Kampf der Volksmassen für Frieden, Demokratie und Sozialismus einen neuen Auftrieb gegeben

Die grandiosen Leistungen der Sowjetunion, wie sie sich in den Raumschiffen manifestieren, die in den Weltraum entsandt und sicher zur Erde zurückgelenkt werden sowie die Erfolge der anderen sozialistischen Länder beweisen, daß unser Lager des Friedens und des Sozialismus, weiter im Vormarsch ist. Die Grundlage unserer Erfolge im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus ist die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, die durch diese Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses von neuem dokumentiert wird. Wir stimmen völlig überein mit den Darlegungen, die Genosse N.S. Chruschtschow bei der Eröffnung dieser Tagung über die große Wirkung der Beratung von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien und über die Fortschritte unserer gemeinsamen Friedensoffensive in der Welt gemacht hat.

In Europa sind die Reste des zweiten Weltkrieges sowie die beschleunigte Atomrüstung von Westdeutschland und die Diversionstätigkeit von Westberlin aus Ursachen internationaler Spannungen. Die westdeutsche Bundesrepublik ist der einzige Staat in Europa, der territoriale Forderungen gegen andere Staaten erhebt. Es ist das erklärte Ziel der Revanchepolitik der Bonner Regierung, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen. In der letzten Zeit werden gegenüber der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik immer lauter auch Eroberungsforderungen hinsichtlich von Gebieten erhoben, zu deren Verteidigung die Westmächte Hitler den Krieg erklärten. Angesichts dessen ist es klar, daß die Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland erfordert, der auch die friedliche Lösung des Westberlin-Problems einschließt.

Im Memorandum der Sowjetregierung, das am 17. Februar in Bonn übergeben wurde, wird mit Recht hervorgehoben, daß es höchste Zeit für den Abschluß eines Friedensvertrages ist. In diesem außerordentlich wichtigen Dokument ist sehr nachdrücklich bewiesen, daß der westdeutsche Revanchismus den Frieden in Europa gefährdet. Zugleich ist darin dargelegt, daß die Politik der Bonner Regierung hoffnungslos zum Scheitern verurteilt ist. Die Bonner Regierung möchte, nachdem sie schon mehr als zwei Jahre den Abschluß des Friedensvertrages hinausgezögert hat, ihn überhaupt verhindern. Nach so langer Verschleppung der unbedingt notwendigen Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges wies die Sowjetregierung erneut auf die zwingende Notwendigkeit von Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages hin. Solche Verhandlungen entsprechen den nationalen Interessen des deutschen Volkes und dienen zugleich der Sicherung des Friedens in Europa.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat das Memorandum der Sowjetregierung und die in ihm enthaltenen Vorschläge rückhaltlos begrüßt, denn sie entsprechen voll und ganz der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik und den nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Völlig anders hat man in Bonn zum Memorandum der Sowjetregierung Stellung genommen. Der Bonner Kanzler Adenauer machte zwar einige höfliche Bemerkungen über den sachlichen Ton des Memorandums, erklärte aber, daß man noch viel Zeit brauche, um diese ganze Frage überhaupt zu behandeln. Er hält also an der Verschleppungstaktik im Interesse der Atomrüstung fest.

Statt mit dem Abschluß des Friedensvertrages den Frieden in Deutschland und in Europa zu sichern, schob Adenauer die Frage einer kontrollierten Abrüstung im Weltmaßstab in den Vordergrund. Dabei liegt die Betonung auf der Kontrolle, das heißt, der Legalisierung der Spionage der imperialistischen Mächte in den sozialistischen Staaten.

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Bemerkungen über den gegenwärtigen Stand des Kampfes zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem deutschen Militarismus und Imperialismus machen.

Die politische Position der Deutschen Demokratischen Republik hat sich in Deutschland und international bedeutend verstärkt. Während die Bonner Regierung Westdeutschland zu einem Satelliten-Staat der USA degradierte und im Interesse des deutschen Finanzkapitals jede nationale deutsche Politik preisgab, konnte die Deutsche Demokratische Republik als Bastion des Friedens in Deutschland ihre nationale Politik des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts erfolgreich entwickeln.

Man muß jedoch sagen, daß gleichzeitig mit der Festigung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und dem zunehmenden Einfluß der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik auf die fortgeschrittenen Kreise in Westdeutschland, die Adenauer-Regierung durch eine chauvinistische Hetze und unter Ausnutzung der Hochkonjunktur imstande war, bis in die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet einzudringen.

Nachdem in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlagen des Sozialismus auch in der Landwirtschaft geschaffen und die Probleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus so ausgearbeitet wurden, daß die Bauern, die Gewerbetreibenden und Handwerker, die Intelligenz und die früheren Kapitalisten diese Politik unterstützen, ist es von entscheidender politischer Bedeutung für die Stabilisierung der ökonomischen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Anfälligkeit unserer Wirtschaft gegenüber der Störtätigkeit aus Westdeutschland beseitigt wird.

Der Bonner Kriegsminister Strauß, der Nachfolger Goerings, hat mehrfach hervorgehoben, daß die westdeutschen Militaristen die Absicht haben, mit den Mitteln der wirtschaftlichen Störtätigkeit die ökonomischen und politischen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben. Strauß betrachtet den Handelsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten als ein Mittel der Erpressung, um den Abschluß eines Friedensvertrages zu verhindern.

Das ist der Sinn des verschärften Kampfes, der im Verlauf des letzten Jahres von der Bonner Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet gegen die Deutsche Demokratischen Republik geführt wurde. Dazu gehört nicht nur die Verzögerung oder sogar die Verweigerung von bestimmten Engpaßmaterialien, mit denen die Produktion unserer Industrie gestört werden soll, dazu gehört die systematische Abwerbung von qualifizierten Facharbeitern,

von Technikern und Ingenieuren, von Ärzten und Wissenschaftlern. Mittel in dieser Abwerbung sind der Wechselkurs der Westmark zu unserer Mark im Verhältnis von 1:4, sind höhere Gehälter und Löhne, die dank der andauernden Hochkonjunktur in Westdeutschland an die aus unserer Republik abgeworbenen Kräfte gezahlt werden können.

In diesem ökonomischen und politischen Kampf gegen unsere Republik spielt Westberlin die Rolle des Kanals, mit dessen Hilfe dieser Menschenhandel praktiziert wird, durch den aber auch Lebensmittel und andere Materialien aus unserer Republik abfließen. Westberlin stellt also ein großes Loch inmitten unserer Republik dar, das uns jährlich mehr als eine Milliarde Mark kostet. Diese Kräfte und Mittel, die aus unserer Republik abgezogen werden, kommen, wie das gar nicht anders sein kann, auch der forcierten westdeutschen Aufrüstung zugute.

Man muß überhaupt sagen, daß das Fehlen eines Friedensvertrages von Adenauer für seine Politik der Stärke ausgenutzt wird und den westdeutschen Militaristen die Atomrüstung erleichtert. Von 1955 bis 1961 wurden in der westdeutschen Bundesrepublik drei Armee-Korps mit 12 Divisionen formiert. Sie stehen hauptsächlich im 100-km-Streifen entlang der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Insgesamt verfügen die Landstreitkräfte der westdeutschen Bundeswehr gegenwärtig über 280 Kernwaffen-Abschußvorrichtungen. Bis Ende 1961/Anfang 1962 will das westdeutsche Oberkommando

die 12 Divisionen auf volle Mannschaftsstärke gebracht haben und die materielle Komplettierung abschließen. Dabei ist ihre atomare Ausrüstung als unabdingbar vorgesehen. Man kann sagen, daß die atomare Ausrüstung dieser 12 Divisionen mit einem Gesamtbestand von 350 000 Mann, 250 000 ausgebildeten Reservisten und 130 000 Zivilangehörigen bis Ende 1962 abgeschlossen sein wird. Dazu kommen noch territoriale Truppen, die in einer Stärke von 350 000 Mann aufgestellt werden. *

Man muß ferner feststellen, daß die Bundesregierung ihre Positionen in der Führung der NATO bedeutend verstärkt hat. Der Hitler-General Speidel ist der Oberkommandierende des Abschnittes Mitte der NATO-Armee. Ihm sind damit auch die mit Atomwaffen ausgerüsteten USA-Truppen unterstellt. Der Hitler-General Heusinger ist unlängst Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO geworden. Die Weltöffentlichkeit ist beunruhigt darüber, daß durch Heusingers Plan, entlang der Grenzen der DDR und der CSSR NATO-Atomwaffen-Einheiten zu stationieren, die Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschworen wird.

Wir stimmen völlig überein mit den grundsätzlichen und taktisch-operativen Darlegungen des Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte, Genossen Marschall Gretscho, daß gegenüber den Blitzkriegsplänen der NATO, wie sie auf Initiative der westdeutschen Hitler-Generale ausgearbeitet wurden, die weitere Erhöhung der Kampfkraft und Einsatzbereitschaft unserer vereinten Streitkräfte erforderlich ist. Wir stimmen den Schlußfolgerungen, die Marschall Gretscho und Genosse ^{nitschew} ~~Chruschtschow~~ aus der Lage gezogen haben, und den von ihnen vorgeschlagenen Beschlüssen zu. Lediglich ~~in~~ ^{zu} den Fragen der Handfeuerwaffen haben wir einen Änderungsvorschlag. ✗

Page 100 alle anderen
die nicht kommen
von furchtbarer Gefahr die
die Abkommen erhalt wurde in
Land in ein Unglück zu bringen
wunder aber der Punkt
Part und die ~~Abkommen~~ Abkommen
mathematisch die Abrechnung
i. d. Abrechnung ~~Abrechnung~~ Abrechnung
Abrechnung ~~Abrechnung~~ Abrechnung
unser Recht der Sicherung des
Bieders. Gemeinsame Abrechnung
minimale Abrechnung ist in
heutigen Rede auf diese ~~Abrechnung~~ Abrechnung
eingegangen und hat sich
Länder ausgerechnet, dass
of die Abrechnung ~~Abrechnung~~ Abrechnung
die Abrechnung, die ~~Abrechnung~~ Abrechnung
numerale Lage ~~Abrechnung~~ Abrechnung
bezieht, die dem furchtbar
die Kampf der Abrechnung
die dem Abrechnung ~~Abrechnung~~ Abrechnung
Votagestatten unterhalten
werden.

Bezug hat nicht
Abrechnung in Abrechnung
in zwei - Abrechnung

Es wird mit Recht die Frage gestellt, auf welche politischen Kräfte stützt sich die Militärpolitik der Adenauer-Regierung. Der Erfolg Adenauers besteht darin, daß er mit Hilfe der Hitleroffiziere die Nazi-Ideologie der Revanche und des Antikommunismus in der westdeutschen Armee pflegt und zugleich die führenden Kreise der katholischen und evangelischen Kirche für die aktive Unterstützung der Atomkriegspolitik gewonnen hat. Dazu kommen noch die rechten Führer der Sozialdemokratie, die sich auf den Boden der NATO-Politik gestellt haben und sie ebenfalls aktiv unterstützen. Alle diese Kräfte unterstützen auch die Politik der Revanche, zu der alle Pläne gehören, die auf einen Eroberungskrieg gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtet sind. Die Atomrüstungspolitik soll zugleich der Durchsetzung der Revancheforderungen gegenüber der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik dienen. Derartige Pläne beruhen natürlich auf einer völligen Verkennung des tatsächlichen internationalen Kräfteverhältnisses und sind daher von vornherein zum Scheitern verurteilt. Dennoch machen sie Westdeutschland gegenwärtig zum Spannungszentrum des kalten Krieges in Deutschland und in Europa.

Um angesichts dessen zu einer Entspannung zu kommen und den Weg zu einer friedlichen Lösung freizumachen, hat das Zentralkomitee der SED 5 Punkte beschlossen, die vom Staatsrat angenommen wurden und der Volkskammer zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Diese Vorschläge an der

Präsidenten der westdeutschen Bundesrepublik, an das Bonner Parlament und die westdeutsche Regierung besagen:

1. Beide deutsche Staaten vereinbaren einen zunächst auf 10 Jahre befristeten Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendung, also eine Art Gottesfrieden, wie man das früher in Deutschland nannte.
2. Sie kommen überein, jede Art von Kriegs- und Revanche-Propaganda zu unterbinden.
3. Beide deutsche Staaten vereinbaren, einen sofortigen Rüstungsstopp zu beschließen und insbesondere auf jede atomare Rüstung zu verzichten.
4. Beide deutsche Staaten vereinbaren, Vorschläge zur Schaffung einer kern- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die beide deutsche Staaten und die Nachbarländer Deutschlands umfassen könnte, zu unterstützen.
5. Beide deutsche Staaten setzen sich für den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages ein.

Gegenüber diesen Vorschlägen zur friedlichen Lösung der deutschen Frage fordert die Bonner Regierung, wie einstmal Hitler, das Selbstbestimmungsrecht und eine Volksabstimmung, um den Machtbereich des deutschen Militarismus zunächst bis zur Oder und Neiße auszudehnen. Nach den Erfahrungen von zwei

Weltkriegen darf kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Voraussetzung der Wiedervereinigung Deutschlands die Entmachtung des deutschen Militarismus und Imperialismus ist.

Die auf Entspannung und Sicherung des Friedens abzielenden Vorschläge der DDR wurden von Bundeskanzler Adenauer und seiner Regierung rundweg abgelehnt. Ja, mehr als das, sie unternahmen noch größere Anstrengungen, um Westberlin als vorgeschobenen Posten für ihre Revanchepolitik auszunutzen. Davon zeugte in letzter Zeit das sogenannte Oberschlesier-Treffen, dessen schamlose Hetze gegen die Volksrepublik Polen die Forderung nach der Wiederherstellung der Ostgrenze des wilhelminischen Kaiserreiches zum Inhalt hat.

Zweifellos macht diese Entwicklung den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages zur zwingenden Notwendigkeit. Wie ist denn heute die Lage? Die Sowjetunion und die Staaten der Organisation des Warschauer Vertrages haben den Westmächten zwei Jahre Zeit gelassen, um sich mit der Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland vertraut-zumachen. Inzwischen ist die Entwicklung so weit gediehen, daß die Völker der Staaten der Anti-Hitler-Koalition den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten für dringend notwendig halten. Die Autorität der Deutschen Demokratischen Republik als Friedensstaat ist gewachsen. Ein überzeugender Beweis dafür war die letzte Leipziger Frühjahrsmesse. Trotz der Kündigung des Handelsabkommens durch die Bundesregierung im vorigen Jahr, trotz der Bonner Boykotthetze gegen die Leipziger Messe, der sich auch die

Regierungen einiger NATO-Staaten beugten, wurde die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse aus allen Teilen der Welt stärker beschickt als alle bisherigen Nachkriegsmessen. Leipzig war in diesen Tagen ein Zentrum des Welthandels und ein überzeugender Beweis für den Nutzen der friedlichen Koexistenz, der friedlicher Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Demgegenüber ist es uns gelungen, wachsende Klarheit über die abenteuerliche Politik der Adenauer-Regierung und das Anwachsen des Militarismus und des Nazi-Ungeistes in Westdeutschland selbst in den NATO-Staaten zu verbreiten. Auch die Völker Westeuropas, die nicht in ein Revanche-Abenteuer der westdeutschen Militaristen hineingerissen werden wollen, erkennen daß eine Friedensregelung mit beiden deutschen Staaten zur Beseitigung dieser Gefahren vordringlich geworden ist.

Nachdem die Bonner Regierung die Vorschläge im Memorandum der Sowjetregierung, wenn auch mit höflichen Umschreibungen, de facto abgelehnt hat, ist die Zeit gekommen, daß der Friedensvertrag, der auch die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt bringt, von der Sowjetunion und den Staaten, die dazu bereit sind, abgeschlossen wird. Wir begrüßen es, daß Genosse Chruschtschow den USA klar gemacht hat, daß die Sicherung des Friedens durch den Abschluß eines Friedensvertrages nicht mehr länger verzögert werden darf. Es ist bekannt, daß Präsident Kennedy und die USA-Regierung in der deutschen Frage keine Initiative zeigen wollen. Sie möchten sich darauf

konzentrieren, den Einfluß der USA in Afrika, Asien und Lateinamerika auszudehnen. Deshalb bemühen sie sich, Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten aus dem Wege zu gehen.

Jeder Staat hat nach einem Kriege das Recht auf einen Friedensvertrag, und selbstverständlich sahen die Vereinbarungen, die nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands zwischen den 4 Hauptmächten der Anti-Hitler-Koalition getroffen wurden, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vor. Diesen Viermächtevereinbarungen entspricht es, zum Zwecke der Beseitigung des Militarismus und Faschismus in Westdeutschland und zur Schaffung eines friedlichen Deutschlands einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abzuschließen. Das muß jetzt - 16 Jahre nach Kriegsende - endlich geschehen.

Wir verstehen sehr gut, daß die Kräfte in und um die Bonner Regierung, die als Nachfahren Hitlers für die Niederlage der deutschen Militaristen in zwei Weltkriegen Revanche nehmen wollen, nicht bereit sind, einen Friedensvertrag mit einem antinazistischen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Inhalt abzuschließen. Sie haben dabei die Unterstützung der Regierungen der NATO-Staaten, obwohl deren Völker durch die Revanche-Politik und durch das Eindringen der Bundeswehr in ihre Länder, durch die Errichtung von Militärbasen und Ausbildungsstätten der westdeutschen Bundeswehr in den westeuropäischen Ländern selbst aufs ernsteste bedroht werden.

-13-

Bei einer solchen Lage wird es um so notwendiger, daß die Sowjetunion und alle Staaten, die dazu bereit sind, den Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik abschließen. Er würde die Autorität der Deutschen Demokratischen Republik als Friedensstaat und die Position des gesamten sozialistischen Lagers bei allen Völkern, die durch die aggressive Politik des westdeutschen Militarismus in Mitleidenschaft gezogen werden, beträchtlich stärken. Der Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik würde auch den Herd der Kriegspropaganda gegen die sozialistischen Länder in Westberlin beseitigen. Das wäre nicht nur für die Deutsche Demokratische Republik, sondern für alle sozialistischen Staaten und für die Sicherung des Friedens in Europa ein großer Gewinn.

Wir haben die Vorstellung, daß nach Abschluß des Friedensvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Westmächten sowie Westdeutschland Verträge und Abkommen abgeschlossen werden, in denen alle Fragen des Verkehrs mit der Deutschen Demokratischen Republik und durch die Deutsche Demokratische Republik geregelt werden können. Auch mit Westberlin können solche Verträge und Abkommen abgeschlossen werden die den ungehinderten Verkehr dieser Stadt nach allen Himmelsrichtungen gewährleisten. Da die Westmächte zeitweise noch Truppen in Westberlin unterhalten, können auf diese Weise auch die Dienstleistungen für den Verkehr dieser Truppen durch unsere Republik geregelt werden. Dabei nehmen wir an, daß derartige provisorische Regelungen und staatliche Verträge zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten sowie dem westberliner Senat in einer zu vereinbarenden Frist abgeschlossen werden müssen.

-14-

Mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages ist Beseitigung der Anomalität der Lage in Westberlin unmittelbar verbunden. Dabei gehen wir aus von der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, deren Hauptstadt das demokratische Berlin ist.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik setzt auch das von den Westmächten über Westberlin verhängte Besatzungsstatut außer Kraft. Bei dieser völkerrechtlich klaren Situation setzen wir in Rechnung, daß für eine Übergangszeit eine provisorische Regelung erforderlich sein wird. Nach Abschluß des Friedensvertrages wird selbstverständlich für Verhandlungen mit den Westmächten über die verschiedenen Regelungen von Einzelfragen Zeit notwendig sein. Anders gesagt heißt das, durch den Abschluß des Friedensvertrages der Sowjetunion und anderer Staaten, die dazu bereit sind, mit der DDR wird den Westmächten und dem Senat von Westberlin die Möglichkeit gegeben, sie interessierende Fragen in Bezug auf Westberlin durch Vertragsabschluß mit uns zu regeln.

Von unserer Seite muß in solchen Verhandlungen eine schrittweise Verminderung der Besatzungstruppen in Westberlin gefordert werden. Im Sinne der Vereinbarung der Alliierten am Ende des 2. Weltkrieges ist jede revanchistische, militaristische und neonazistische Tätigkeit gegen die DDR und die sozialistischen Länder in Westberlin zu unterbinden. Unzulässig ist die Einbeziehung Westberlins in die Gesetzgebung der Bundesrepublik insbesondere in die Notstandsgesetzgebung und andere antidemokratische und militaristische Verordnungen, die für Westdeutschland erlassen werden. Die in Westberlin bestehenden Spionage- und Sabotageorganisationen und der USA-Sender RIAS

-15-

sind aufzulösen. Jede Rüstungsproduktion und jede Rekrutierung und Werbung für die westdeutsche Bundeswehr ist zu verbieten. Alle diese Abmachungen und Regelungen bringen eine schrittweise Umwandlung der heutigen Frontstadt Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Uns schwebt also keine schroffe Änderung aller Verhältnisse, sondern ein Übergangsstadium vor, das für alle Beteiligten tragbare und zumutbare Lösungen bringt, die im Interesse der Sicherung des Friedens und der Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch in Deutschland, auch in den Beziehungen zwischen der DDR und Westberlin liegen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR ihre Stellung als Bastion des Friedens in Deutschland und der Welt bedeutend stärken wird. Das wird auch für das gesamte sozialistische Lager von Nutzen sein. Wir müssen dafür aber auch Opfer bringen. Es ist damit zu rechnen, daß diese Maßnahmen zur Sicherung des Friedens von den herrschenden militaristischen Kreisen in Westdeutschland mit verstärkten ökonomischen Maßnahmen gegen die DDR beantwortet werden. Wenn die Bonner Regierung solche Maßnahmen ergreift, die einen Bruch des Handelsvertrages darstellen, dann tritt sie nicht nur als Störer der friedlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf, sondern sie stört auch den Verkehr der Westmächte mit ihren Truppen in Westberlin, da die Dienstleistungen für diesen Verkehr und ihre Verrechnung an den Handelsvertrag gebunden sind. Darin liegt eine Schwäche der Position der Bonner Regierung und auch der Westmächte, denn jede Boykott- und Blockade-Maßnahme gegen unsere Republik würde auch den ungehinderten Verkehr nach und von Westberlin stören.

Für die Deutsche Demokratische Republik besteht die komplizierte Aufgabe, im Sinne der Beschlüsse der 11. und 12. Plenar-Tagung die Wirtschaft unserer Republik gegen die Störmaßnahmen aus Westdeutschland zu sichern. Wir müssen unsere Wirtschaft und insbesondere unsere hochentwickelte Industrie auf die Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern umstellen. Das ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Das alte kapitalistische Deutschland war doch eine Wirtschaftseinheit, deren Rohstoffquellen in Westdeutschland lagen. Nach der Spaltung Deutschlands blieb die DDR auf die Zulieferung von Rohstoffen und Halbfabrikaten für ihre entwickelte verarbeitende Industrie aus Westdeutschland angewiesen. Erst im Zusammenhang mit der Kündigung des Handelsvertrages wurden grundsätzliche Maßnahmen in Bezug auf die Unabhängigkeit gegenüber westdeutschen Störmaßnahmen eingeleitet

Die Vereinbarungen, die zwischen dem Politbüro der SED und dem Präsidium des ZK der KPdSU aus Anlaß der Bonner Kündigung des Handelsabkommens über die Umstellung der DDR getroffen wurden, müssen jetzt in kürzester Frist durchgeführt, die Perspektivpläne überprüft und entsprechend verbessert werden. Die enge wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, besonders auf dem Gebiet der Standardisierung und Typisierung, ist unumgänglich notwendig geworden.

Man darf nicht übersehen, daß auch die volksdemokratischen Länder damit rechnen müssen, daß die Bonner Regierung auch gegen sie Maßnahmen treffen kann, die auf eine Störung ihrer Wirtschaft abzielen. Solche Maßnahmen können sich auch gegen den Transitverkehr, der über Westdeutschland in die volksdemokratischen Staaten führt, richten. Es ergibt sich die Notwendigkeit, daß die volksdemokratischen Länder direkte wirtschaftliche Beziehungen zu Westberlin aufnehmen und die westberliner

-17-

Positionen aus dem Handelsabkommen mit Westdeutschland herausnehmen. Aus all dem ergibt sich noch mehr die zwingende Notwendigkeit, alle Maßnahmen und Pläne in den Staaten des Warschauer Vertrages untereinander abzustimmen.

Unsere Staaten, die in der Organisation des Warschauer Vertrages zusammengeschlossen sind, sollten sich gleichzeitig vorbereiten, damit sie auf die psychologische Kriegsführung, die von der Bonner Regierung mit Unterstützung der NATO durchgeführt wird, eine entsprechende Antwort geben können. Nach dem Muster des Propaganda-Ministeriums von Goebbels hat Strauß in Westdeutschland ein besonderes Amt für psychologische Kriegsführung gegen die Deutsche Demokratische Republik und alle anderen sozialistischen Staaten geschaffen. Er will dieses Amt zum leitenden Zentrum der psychologischen Kampfführung der NATO, insbesondere der antikommunistischen Propaganda, machen. Angesichts dessen ist es notwendig, daß unsere Länder unter Führung der Sowjetunion die gemeinsame Arbeit in Rundfunk, Fernsehen und Presse herstellen.

Es ist notwendig, gemeinsam die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als bedeutenden Faktor für die Erhaltung des Friedens in der Welt stärker hervorzuheben.

Es ist notwendig, allen Völkern zu erklären, daß durch den Militarismus in Westdeutschland der Frieden der Völker gestört wird und die Völker in kriegerische Abenteuer hineingezogen werden können.

Es ist notwendig, die Wahrheit über die anomale Lage in Westberlin zu verbreiten und unsere vernünftigen Vorschläge für die friedliche Lösung der Westberlinfrage zu popularisieren

-18-

Gegenüber der Politik der Stärke, wie sie von der Bonner Regierung vertreten wird, ist es notwendig, klar auszusprechen, daß dem ersten Weltkrieg durch die militärische Niederlage Deutschlands und den Kampf der Vorhut der Arbeiterklasse in Deutschland ein Ende bereitet wurde und damit das kaiserliche Deutschland zusammenbrach.

Der zweite Weltkrieg endete mit dem Sturz des Hitlerreiches und der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in einem Drittel Deutschlands. Als Hitler den Krieg begann, hatte er die deutschen Friedenskämpfer in Konzentrationslager und Zuchthäuser gesperrt. Heute aber besteht auf deutschem Boden die organisierte Kraft des ersten deutschen Friedensstaates, der unserem festen Bündnissystem unter Führung der Sowjetunion angehört. Angesichts dessen werden Kriegsprovokationen der Bonner Militaristen gegen die DDR zur Vernichtung aller Machtpositionen des deutschen Militarismus und Imperialismus führen.

Wir erstreben eine friedliche Lösung durch Abschluß eines Friedensvertrages und Herbeiführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung in Deutschland. Die militärische Neutralisierung Deutschlands entspricht den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den friedlichen Interessen der Völker Europas.